

Name der entgegennehmenden Gemeinde <i>Stadt Augsburg</i>		Gemeindekennzahl Betriebsstätte (Sitz) <i>09761000</i>	<b>GewA2</b>
<b>Gewerbe-Ummeldung nach § 14 GewO oder § 55 c GewO</b>		Bitte vollständig und gut lesbar ausfüllen sowie die zutreffenden Kästchen ankreuzen	<i>A0000042848</i>
<b>Angaben zum Betriebsinhaber</b> Bei Personengesellschaften (z.B. OHG) ist für jeden geschäftsführenden Gesellschafter ein eigener Vordruck auszufüllen. Bei juristischen Personen ist bei Feld Nr. 3 bis 9 und Feld Nr. 30 und 31 der gesetzliche Vertreter anzugeben (bei inländischer AG wird auf diese Angaben verzichtet). Die Angaben für weitere gesetzliche Vertreter zu diesen Nummern sind ggf. auf Beiblättern zu ergänzen.			
1	Im Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister eingetragener Name mit Rechtsform (ggf. bei GbR: Angabe der weiteren Gesellschafter)	2	Ort und Nr. des Registereintrages
<b>Angaben zur Person</b>			
3	Name <i>Baumgärtner</i>	4	Vornamen <i>Alexander</i>
		4a	Geschlecht <input checked="" type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
5	Geburtsname (nur bei Abweichung vom Namen)	6	Geburtsdatum <i>28.10.1974</i>
		7	Geburtsort und -land <i>Höchstädt a. d. Donau, Deutschland</i>
8	Staatsangehörigkeit(en) deutsch <input checked="" type="checkbox"/> andere:		
9	Anschrift der Wohnung (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort) <i>Bülowstr. 14 86167 Augsburg</i>	Telefon-Nr. <i>0821/4499 0309</i> Telefax-Nr. <i>0821/4499 0306</i> e-mail/web <i>baum-gartner-bau@t-online.de</i>	
<b>Angaben zum Betrieb</b>		10	Zahl der geschäftsführenden Gesellschafter (nur bei Personengesellschaften)      Zahl der gesetzlichen Vertreter (nur bei juristischen Personen)
11	Vertretungsberechtigte Person / Betriebsleiter (nur bei inländischen Aktiengesellschaften, Zweigniederlassungen und unselbstständigen Zweigstellen) Name      Vornamen		
<b>Anschriften (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)</b>			
12	Betriebsstätte <i>Bülowstr. 14 86167 Augsburg, Lechhausen</i>	Telefon-Nr. <i>0821/4499 0309</i> Telefax-Nr. <i>0821/4499 0306</i> e-mail/web <i>baum-gartner-bau@t-online.de</i>	
13	Hauptniederlassung (falls Betriebsstätte lediglich Zweigstelle ist)	Telefon-Nr.  Telefax-Nr.  e-mail/web	
14	Frühere Betriebsstätte	Telefon-Nr.  Telefax-Nr.  e-mail/web	
Welche Tätigkeit wird nach der Änderung (genau angeben: z. B. Herstellung von Möbeln, Elektroinstallationen und Elektroeinzelhandel, Großhandel mit Lebensmitteln usw.; bei mehreren Tätigkeiten bitte <b>Schwerpunkt</b> in GROSSBUCHSTABEN angeben)			
15	neu ausgeübt? (ggf. Beiblatt verwenden) <i>Tiefbau, Pflasterbau und Erdbau. (42.21.0)</i>		
16	weiterhin ausgeübt? (ggf. Beiblatt verwenden) <i>GARTEN- UND LANDSCHAFTSBAU (81.30.1) Straßenbau (42.11.0)</i>		
16a	Sonstiges (z.B. Betriebsverlegung innerhalb der Gemeinde, freiwillig: Aufgabe einer von mehreren Tätigkeiten, Namensänderung, Nebenerwerb) <i>Erweiterung der Tätigkeiten</i>		
17	Datum der Änderung <i>22.10.2017</i>	19	Zahl der tätigen Personen bei Ummeldung (ohne Inhaber)      Vollzeit <i>2</i> Teilzeit <i>2</i> Keine <input type="checkbox"/>
Die Ummeldung wird erstattet für			
20	<input checked="" type="checkbox"/> eine Hauptniederlassung	<input type="checkbox"/> eine Zweigniederlassung	<input type="checkbox"/> eine unselbstständige Zweigstelle
21	<input type="checkbox"/> ein Automatenaufstellungsgewerbe	22	<input type="checkbox"/> ein Reisegewerbe
<b>Falls der Betriebsinhaber für die angemeldete Tätigkeit eine Erlaubnis benötigt, in die Handwerksrolle einzutragen oder Ausländer ist:</b>			
28	Erlaubnis erteilt am <i>16.04.2012</i>	Erlaubnis erteilt von (ggf. Erlaubnisart) <i>Eintrag in Handwerksrolle</i>	
29	Handwerkskarte ausgestellt am <i>16.04.2012</i>	Handwerkskarte ausgestellt von (ggf. HWK-Art) <i>HWK Schwaben, Augsburg, HWK</i>	
30	Aufenthaltsgenehmigung erteilt am      erteilende Behörde		
31	Aufenthaltsgenehmigung erteilt mit folgenden Auflagen oder Beschränkungen		
<b>Hinweis: Beachten Sie bitte die Unterrichtung nach § 17 des Bundesstatistikgesetzes sowie die Hinweise auf dem Beiblatt. Der Empfang dieser Anzeige wird gem. § 15 Abs. 1 GewO bescheinigt.</b>			

(C) LDBV 2016 (V.4.5.6)

32	<i>22.10.2017</i>	33
----	-------------------	----

(Datum)

**Stadt Augsburg**  
 Bürgeramt  
 Ordnungsbehörde

**Beiblatt weitere Tätigkeiten  
Gewerbe-Ummeldung**

Bitte vollständig und gut lesbar ausfüllen sowie die zutreffenden Kästchen ankreuzen

*A00000042848*

1 Im Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister eingetragener Name mit Rechtsform (ggf. bei GbR: Angabe der weiteren Gesellschafter)	2 Ort und Nr. des Registerintrages
--	------------------------------------

**Angaben zur Person**

3 Name <i>Baumgärtner</i>	4 Vornamen <i>Alexander</i>	6 Geburtsdatum <i>28.10.1974</i>
------------------------------	--------------------------------	-------------------------------------

15 Neu ausgeübt?

16 weiterhin ausgeübt?

*Trockenbau, Abbruch, Sanierungsbau, Kabelbau, Wasserhaltungsbau (43.29.1)*

(C) LDBV 2016 (V. 4.5.6)

# Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz

Die allgemein bei allen Gewerbeanzeigepflichtigen durchgeführte Statistik dient der Gewinnung zuverlässiger, aktueller und bundesweit vergleichbarer Daten über die Gewerbe- und -abmeldungen. Sie ist unentbehrliche Informationsgrundlage für die Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Strukturpolitik. Rechtsgrundlage der Statistik ist § 14 Abs. 6 Satz 1 i. V. m. § 14 Abs. 14 der Gewerbeordnung in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG). Erhoben werden die Tatbestände zu § 14 Abs. 14 Satz 4 Nr. 1 bis 3 Gewerbeordnung. Gemäß § 14 Abs. 14 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 15 BStatG besteht für die nach § 14 Abs. 1 bis 3 Gewerbeordnung Anzeigepflichtigen Auskunftspflicht. Die Auskunftserteilung erfolgt mit der Gewerbeanzeige.

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben gemäß § 15 Abs. 6 BStatG keine aufschiebende Wirkung. Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheimgehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlich geregelten Ausnahmefällen dürfen Einzelangaben übermittelt werden. Nach § 16 Abs. 6 BStatG ist es möglich, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben Einzelangaben dann zur Verfügung zu stellen, wenn diese so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft dem Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können. Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht für die Personen, die Empfänger von Einzelangaben sind.

Die Angaben zu den Feld-Nummern 1 bis 4, 10 und 12 bis 14 sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. Die Angabe zu der Feld-Nummer 10 wird nach Abschluss der Prüfung der Angaben vernichtet. Die übrigen Angaben zu den Feld-Nummern werden zusammen mit den Angaben zu den Feld-Nummern 15, 18, 19 und 29 und dem Datum der Aufnahme zur Führung einer Adressdatei nach § 13 BStatG verwendet. Darüber hinaus dienen die vorgenannten Angaben der Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke (ABl. EG Nr. L 196 S. 1).

Zur technischen Durchführung der Erhebung werden für jedes Unternehmen beziehungsweise für jeden Betrieb Ordnungsnummern vergeben. Bei den Unternehmens- und Betriebsstättennummern handelt es sich um laufende, länderspezifische Nummern; Postleitzahl, Art und Nummer enthalten die Angaben zu den in Feld-Nummer 1 genannten Registern.

## Hinweise

1. Diese Anzeige gilt gleichzeitig als Anzeige nach § 138 Abs. 1 der Abgabenordnung bei dem für den angemeldeten Betrieb zuständigen Finanzamt; die übrigen steuerrechtlichen Vorschriften bleiben jedoch unberührt.

Unberührt bleiben auch die sonstigen öffentlich-rechtlichen Pflichten, z. B. nach dem Arbeits- und Sozialversicherungsrecht oder dem Außenwirtschafts- und Ausländerrecht.

Diese Bescheinigung berechtigt insbesondere nicht zum Beginn oder zur Änderung oder Erweiterung oder Verlegung eines Gewerbebetriebes, wenn dafür eine Erlaubnis oder eine Eintragung in die Handwerksrolle notwendig ist. Zuwiderhandlungen gegen eine Anzeige- oder Erlaubnispflicht oder eine Pflicht zur Eintragung in die Handwerksrolle können mit Geldbuße, in bestimmten Fällen (vgl. § 148 GewO) auch mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe geahndet werden. Die Fortsetzung eines ohne eine etwa erforderliche Erlaubnis oder eine Eintragung in die Handwerksrolle begonnenen Betriebes kann verhindert werden (§ 15 Abs. 2 GewO, § 16 HwO).

2. Ein Wechsel des Betriebsinhabers (z. B. durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform) einschließlich des Ein- oder Austritts geschäftsführender Gesellschafter bei Personengesellschaften (OHG, KG, GbR), ein Wechsel der Betriebstätigkeit (z. B. Umwandlung eines Großhandels in einen Einzelhandel), eine Ausdehnung der Tätigkeit auf Waren oder Leistungen, die bei Betrieben der angemeldeten Art nicht geschäftsüblich sind (z. B. Erweiterung eines Großhandels um einen Einzelhandel), eine Verlegung des Betriebes oder die Aufgabe des Betriebes ist erneut nach § 14 GewO anzuzeigen.

3. Bei bereits gegründeten, aber noch nicht im Handelsregister eingetragenen juristischen Personen gilt die Gewerbeanmeldung bis zur Registereintragung nur als Gewerbeanzeige für die in dem Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung angegebenen Gründer; für die juristische Person gilt die Gewerbeanmeldung erst dann, wenn der auf der Vorderseite angegebenen Behörde ein Auszug über die Registereintragung vorgelegt wird, deren Inhalt mit den Angaben in der Gewerbeanzeige übereinstimmt.

4. Ausländer, mit Ausnahme der EU-Bürger oder Staatsangehörige der Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), die in eigener Person im Inland eine gewerbliche Tätigkeit ausüben wollen, bedürfen von der dafür zuständigen Ausländerbehörde einer Niederlassungserlaubnis oder einer Aufenthaltserlaubnis, die die Ausübung einer entsprechenden Erwerbstätigkeit ausdrücklich erlaubt.

Schweizer Staatsbürger haben ihr Freizügigkeitsrecht aus dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz (BGBl. II 2001 S. 810) durch Vorlage eines deklaratorischen Aufenthaltstitels nachzuweisen, soweit sie sich in der Bundesrepublik Deutschland niederlassen oder zur Erbringung von Dienstleistungen mit einer Dauer von mehr als 90 Tagen berechtigt sind.